



Goslar, 14.04.2010

### **Antrag des SPD Ortsvereins**

Der SPD Ortsverein beauftragt die SPD Ratsfraktion damit, eine Resolution zur Situation der kommunalen Finanzen in die Beratungen des Rates einzubringen und sich für eine einstimmige Verabschiedung einzusetzen.

### **Resolutionsvorschlag**

*Adressaten: Abgeordnete des Nds. Landtag, Nds. Landesregierung, Abgeordnete des Bundestages, Bundesregierung*

Wir, die Mitglieder des Rates der Stadt Goslar, haben für das Haushaltsjahr 2010 erneut einen Haushalt beschließen müssen, der uns zu einer Erhöhung der städtischen Schulden zwingt. Auch ist dem zugehörigen Haushaltssicherungskonzept nur eine Zunahme der Verschuldung zu entnehmen und es ist mittelfristig keine Verbesserung der dramatischen Haushaltslage in Sicht. Trotz großer Sparanstrengungen aus Personalabbau, Übernahme von Aufgaben durch Ehrenamtliche, Steuererhöhungen u.v.m., konnte kein struktureller Haushaltsausgleich erreicht werden. Goslar hat mit massiven Einbrüchen bei der Gewerbe- und Einkommenssteuer zu kämpfen. Diese negative Konjunkturentwicklung wird beim kommunalen Finanzausgleich allerdings nicht berücksichtigt. Die enormen Einnahmeausfälle und die erhöhten Ausgaben, die durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise bedingt sind, zeigen eindeutig, dass wir durch eigene Anstrengungen mittel- bis langfristig nicht in der Lage sein werden, das Recht auf kommunale Selbstverwaltung nur ansatzweise auszuüben. Damit ist eine der tragenden Säulen der demokratischen Grundordnung unseres Staates für uns Goslarer Bürgerinnen und Bürger eingestürzt. Diese finanzielle Katastrophe findet sich in allen niedersächsischen Kommunen wieder. Insgesamt sind die Städte und Gemeinden in Niedersachsen mit 11,8 Mrd € verschuldet. Für die größeren Städte in Niedersachsen sehen die Schuldenstände wie folgt aus: Hannover 891 Mio €, Hildesheim 391 Mio €, Cuxhaven 245 Mio €, Salzgitter 223 Mio €, Hansestadt Lüneburg 208 Mio €, Göttingen 185 Mio € Euro, Osnabrück 183 Mio €, Celle 176 Mio € Euro, Goslar 115 Mio €<sup>1</sup>.

Sie und die von Ihnen repräsentierten Institution können die Situation der Kommunen verbessern. Wir rufen Sie daher auf, sich für die Ziele der Resolution des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 1. Dezember 2009 „Rettungsschirm für Städte und Gemeinden aufspannen - Investitionskraft stärken - Wachstum ermöglichen“ einzusetzen. Wir fordern Sie auf, als Abgeordnete und/oder Minister Ihre gesellschafts- und staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen im Sinne der Städte und Gemeinden in Deutschland.

<sup>1</sup> Quelle der angegebenen Zahlen ist der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, Stichtag 30.06.2009

**SPD Ortsverein Goslar**

Bürgerbüro: Tel. 0151 / 22 500 204  
Bäckerstr. 23 Fax 05321 / 41788  
38640 Goslar www.spdgoslar.de

**Vorsitzender:**

Dr. Alexander Saipa mob. 0151 / 25251297  
Heinrich-Lohse-Str. 6 mailbox@asaipa.de  
38644 Goslar